Sitzungsvorlage

Datum: 25.07.2016
Drucksache Nr.: **16/0245**

Beratungsfolge	Sitzungstermin	Behandlung
Haupt- und Finanzausschuss	28.09.2016	öffentlich / Entscheidung

Betreff

Verkauf von Produkten der Rhein-Sieg-Verkehrsgesellschaft (RSVG) und Rhein-Sieg-Abfallgesellschaft (RSAG); Kfz-Angelegenheiten/Führerscheinangelegenheiten und Ausländerangelegenheiten für den Rhein-Sieg-Kreis

Beschlussvorschlag:

Der Haupt- und Finanzausschuss fasst folgende Beschlüsse:

1. Der Verkauf von Produkten der Rhein-Sieg-Verkehrsgesellschaft (RSVG) wird eingestellt.
2. Der Verkauf von Produkten der Rhein-Sieg-Abfallgesellschaft (RSAG) wird eingestellt.

Der Haupt- und Finanzausschuss nimmt

3. den Bericht der Verwaltung hinsichtlich der Aufgabenerledigung (hier: Straßenverkehrs- und Ausländerangelegenheiten) für den Rhein-Sieg-Kreis zur Kenntnis.

Sachverhalt / Begründung:

Zu 1.

Im Bürgerservice werden an der Infotheke Produkte der RSVG verkauft. Die Infotheke ist der erste Anlaufpunkt eines jeden Besuchers des Bürgerservice. Aufgrund der hohen Besucherfrequenz und der vielfältigen Aufgaben in diesem Bereich stört der zusätzlich Verkauf von Fahrkarten die Arbeitsabläufe. Aufgrund der Tatsache, dass ein Fahrkartenautomat in unmittelbarer Nähe des Bürgerservice an der Haltestelle „Sankt Augustin Zentrum“ vorhanden ist, empfiehlt die Stadtverwaltung in Anlehnung an den Beschluss des Unterausschusses „Haushaltskonsolidierung“ vom 06.07.2016 den Fahrkartenverkauf zu Beginn des Jahres 2017 einzustellen.

Zu 2.

Im Bürgerservice werden an der Infotheke Produkte der RSAG verkauft. Wie schon zu Punkt 1 ausgeführt, stört der zusätzliche Verkauf von Produkten, hier Beistell- und Kompostsäcke, die Arbeitsabläufe an der stark frequentierten Infotheke. Da sich mehrere Verkaufsstellen auf Sankt Augustiner Stadtgebiet befinden (z.B. Hit-Markt auf der Alten Heerstraße, REWE-Markt auf der Schulstraße, Edeka-Aktiv-Markt auf der Kölnstraße, Luhmer - Lotto/Toto - auf der Burgstraße und Meier – Schreibwaren auf der Mittelstraße), empfiehlt die Stadtverwaltung, den Verkauf von Produkten der RSAG zum nächstmöglichen Zeitpunkt einzustellen.

Zu 3. Aufgabenerledigung für den Rhein-Sieg-Kreis

Kfz-Angelegenheiten/Führerscheinangelegenheiten

a) Außerbetriebsetzung von Kfz

Die Zuständigkeit für die Außerbetriebsetzung von Fahrzeugen liegt nach § 14 der Verordnung über die Fahrzeugzulassungsverordnung (FZV) bei der Zulassungsbehörde. Dies ist im vorliegenden Fall die Straßenverkehrsbehörde des Rhein-Sieg-Kreises. Eine Zuständigkeit der Meldebehörde ist gesetzlich nicht gegeben.

Aus dem Servicegedanken heraus, wird diese Aufgabe seit vielen Jahren durch den Bürgerservice wahrgenommen. Ursprünglich war dies nur für Privatleute vorgesehen. In den letzten Jahren ist ein Anstieg der Fallzahlen zu verzeichnen, da auch vermehrt Händler diese Möglichkeit im Bürgerservice nutzen, um längere Wartezeiten beim Straßenverkehrsamt zu umgehen. Seitens des RSK wird keine Kostenentschädigung für diese Leistung gezahlt.

Die aufzuwendende Arbeitszeit für diesen Arbeitsvorgang liegt bei ca. 10 Minuten. Im Jahr 2014 lagen die Fallzahlen bei ca. 277 im Jahr 2015 bei ca. 322.

Seitens der Stadtverwaltung wird mit dem Rhein-Sieg-Kreis Kontakt aufgenommen, um zumindest auf eine Kostenerstattung hinzuwirken oder ggf. diese Leistung einzustellen.

b) Umschreibung von Fahrzeugpapieren (Kfz- Schein und Kfz-Brief)

Im Jahr 1997 wurde zwischen dem Rhein-Sieg-Kreis und der Stadt Sankt Augustin ein Personal- und Sachgestellungsvertrag zum Zwecke der Namens- und Anschriftenänderungen in Fahrzeugpapieren abgeschlossen. Eine Kostenerstattung schließt dieser Vertrag im Hinblick auf den geringen Arbeitsaufwand aus.

Dieser Service wird tatsächlich aber sehr stark nachgefragt. Die Fallzahlen in 2014 lagen bei ca. 769 und 2015 bei ca. 692.

Seit einigen Jahren haben sich zudem die Arbeitsabläufe erheblich verändert. Bis ca. 2010 wurde die Straßenverkehrsbehörde anhand einer entsprechenden Bescheinigung, aus der der Wohnortwechsel bzw. die Namensänderung hervorging, informiert. Seit ca. 2011 erfasst die Meldebehörde alle Daten aus den Fahrzeugpapieren (Name, Fahrgestellnummer etc.) über ein Portal online (= „Rhein-Sieg-Kreis Internetgeschäftsvorfälle“)

und sendet die Daten an die Straßenverkehrsbehörde. Dieser Arbeitsvorgang stellt zu dem früheren Verfahren einen drastischen Mehraufwand dar. Pro Umschreibung ist hier mit einem Zeitaufwand von ca. 8 Minuten zu rechnen. Hochgerechnet auf ein Jahr beträgt dies bei 769 Fällen in 2014 ein Zeitaufwand von ca. 102,5 Stunden und im Jahr 2015 ein Zeitaufwand von ca. 92,3 Stunden für ca. 692 Fälle.

Die Stadtverwaltung sieht die Änderung der Fahrzeugpapiere insbesondere hinsichtlich des Servicegedankens als gerechtfertigt an, da der Bürger bei einer Wohnsitzummeldung auch oftmals die Fahrzeugpapiere ändern kann. Allerdings ist der hohe Verwaltungsaufwand, der durch die Erfassung der kompletten Daten entsteht, nicht mehr vertretbar.

Aus diesem Grund wird die Stadtverwaltung versuchen, eine Kostenerstattung durch den RSK zu erwirken. Sollte diese nicht möglich sein, wird die Stadtverwaltung, um den Service für die Sankt Augustiner Einwohner aufrechterhalten können, darauf hinwirken, dass die Straßenverkehrsbehörde eine entsprechende Meldebescheinigung anerkennt und die Daten eigenständig systemseitig erfasst, was zu einer deutlichen Arbeitserleichterung im Bürgerservice führt.

c) Annahme von Führerscheinanträgen (etc.)

Der Bürgerservice nimmt für das Straßenverkehrsamt Führerscheinanträge, Anträge auf begleitendes Fahren ab 17, Erweiterungsanträge etc. entgegen, prüft diese auf Vollständigkeit und leitet sie anschließend an den RSK weiter.

Grundsätzlich ist die Gemeinde gemäß § 22 GO NRW verpflichtet, Anträge entgegenzunehmen und an die zuständige Stelle weiterzuleiten.

Die Prüfung auf Vollständigkeit ergibt bei den Anträgen, die im Zusammenhang mit der Beantragung/Erweiterung eines Führerscheins liegen, keinen großen Mehraufwand, zumal hier seitens des RSK eine Kostenerstattung erfolgt.

Die Stadtverwaltung empfiehlt diesen Service beizubehalten.

Ausländerangelegenheiten

a) Einbürgerungen

Nach dem Ausführungserlass zum Staatsangehörigkeitsrecht des Landes NRW sind die Kreisordnungsbehörden grundsätzlich für die Einbürgerungen zuständig. Die Kreisordnungsbehörde prüft, ob der Antrag inhaltlich richtig und vollständig ist.

Die Gemeinde ist gemäß § 22 Abs. 3 GO NRW verpflichtet, entsprechende Anträge entgegenzunehmen. Grundsätzlich ergibt sich aus dieser Pflicht im Rahmen der Möglichkeiten (= Personalressourcen) an der ordnungsgemäßen Einleitung des Verfahrens mitzuwirken. Eine Verpflichtung der Gemeinde, die über den Hinweis auf mitzubringende Unterlagen hinausgeht, ergibt sich nicht, da die Prüfungspflicht ausdrücklich der Einbürgerungsbehörde zugewiesen ist.

Tatsächlich weist der Bürgerservice die Antragsteller auf die beizubringenden Unterlagen hin und prüft anschließend die Vollständigkeit der Unterlagen, bevor der Antrag an den

RSK weitergeleitet wird. Der zeitliche Aufwand ist hier sehr hoch, da der Antragsteller im Laufe der Zeit mehrfach beim Bürgerservice vorspricht, weil sich immer wieder Rückfragen beispielsweise hinsichtlich der beizubringenden Unterlagen ergeben.

Im Jahr 2015 lagen die Fallzahlen bei ca. 603 und im ersten Halbjahr 2016 bei 359. Bei einer durchschnittlichen Bearbeitungszeit von 30 Minuten liegt der Zeitaufwand für diese Aufgabe bei 301,5 Stunden in 2015 und hochgerechnet auf ein ganzes Jahr bei ca. 359 Stunden in 2016.

In der Praxis zeigt sich auch, dass die Einbürgerungsstelle des RSK die Anträge, die aus deren Sicht nicht vollständig sind, an den Bürgerservice zurückschickt und die Aufgabe, fehlende Unterlagen einzuholen, somit bei den städtischen Mitarbeitern liegt. Darüber hinaus ist zu beobachten, dass Personen, die ihren Antrag direkt beim RSK abgeben wollen, an den Bürgerservice der Stadt Sankt Augustin verwiesen und damit von der zuständigen Stelle weggeschickt werden.

Die Stadtverwaltung wird in Gesprächen mit dem Rhein-Sieg-Kreis darauf hinwirken, dass die Einbürgerungsstelle des Rhein-Sieg-Kreises die Prüfung auf Vollständigkeit, wie gesetzlich vorgeschrieben, selber durchführt und Personen, die die Beantragung direkt bei der Einbürgerungsstelle vornehmen möchten, nicht abweist.

b) Aushändigung von Aufenthaltstiteln

Das Beantragungsverfahren auf Aufenthaltserlaubnis wird komplett bei der Ausländerbehörde des Rhein-Sieg-Kreises abgewickelt. Nach Abschluss des Verfahrens händigt der Bürgerservice die Aufenthaltstitel aus. Diese Aufgaben sollte insbesondere aus dem Servicegedanken heraus beibehalten werden.

c) Beantragung einer Aufenthaltsgestattung

Die Anträge auf Aufenthaltsgestattung nimmt der Bürgerservice entgegen und leitet sie nach Prüfung auf Vollständigkeit an die Ausländerbehörde weiter.

Die Fallzahlen lagen 2015 bei ca. 46 und im ersten Halbjahr des Jahres 2016 bei 84. Der Anstieg der Beantragungszahlen ist auf die ansteigende Flüchtlingszahl zurückzuführen.

Die Stadtverwaltung empfiehlt, die Entgegennahme der Anträge und die sich anschließende Prüfung zunächst beizubehalten und die Entwicklung der Fallzahlen zu beobachten.

In Vertretung

Marcus Lübken
Beigeordneter

Die Maßnahme

hat keine finanziellen Auswirkungen / ist haushaltsneutral

hat finanzielle Auswirkungen

Einnahmerückgang bei Punkt 1 (198,10 € in 2015) und Punkt 2 (259,74 € in 2015)

Der Gesamtaufwand / Die Gesamtauszahlungen (bei Investitionen) beziffert/beziffern sich auf _____ €.

Mittel stehen hierfür im Teilergebnisplan / Teilfinanzplan _____ zur Verfügung.

Die Haushaltsermächtigung reicht nicht aus. Die Bewilligung von

über- oder außerplanmäßigem Aufwand ist erforderlich.

über- oder außerplanmäßigen Auszahlungen ist erforderlich (bei Investitionen).

Zur Finanzierung wurden bereits _____ € veranschlagt; insgesamt sind _____ € bereit zu stellen. Davon entfallen _____ € auf das laufende Haushaltsjahr.